



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

45. Sitzung (öffentlich)

30. Oktober 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, Punkt 5 in Verbindung mit Punkt 10 der Tagesordnung zu behandeln. | |
| 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) | 6 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/2521 (Einführung in den Haushalt)
Vorlage 17/2564 | |
| 2 Innovation City Bottrop für ganz Nordrhein-Westfalen nutzbar machen
(beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) | 18 |
| Vorlage 17/2513 | |

- 3 Wann kommen die Erleichterungen für Windenergie auf forstwirtschaftlich genutzten Flächen?** *(beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **20**

Vorlage 17/2495

- 4 Wie bewertet die Landesregierung das am 20.9.2019 vorgestellte Ergebnis des Klimakabinetts der Bundesregierung?** *(beantragt von der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP [s. Anlage 3])* **24**

Vorlage 17/2532

- 5 Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen stärken – Wasserwege leistungsfähig halten** **28**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5366
Ausschussprotokoll 17/713

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7703

in Verbindung mit:

- 10 Personalausstattung der Wasserschifffahrtsverwaltung (WSV) im Ruhrgebiet** *(beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4])*

Vorlage 17/2572

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag und dem Änderungsantrag abzuschließen.

- 6 Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen** **31**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6611
Ausschussprotokoll 17/744

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

7 Europäische Klimapolitik forcieren: CO₂ einen Preis geben und Energiegeld einführen **32**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5724
Ausschussprotokoll 17/750

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, die Aussprache zu vertagen, bis das Protokoll der Anhörung vorliegt.

8 Wie gestalten sich die sieben Revierknotenkonferenzen im Rheinischen Revier im Einzelnen? (beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]) **33**

Vorlage 17/2563

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der Grünen überein, die Aussprache zu vertagen.

9 Was tut und meint der Brexit-Beauftragte Friedrich Merz in der aktuellen Lage im Zusammenhang mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU? (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 6]) **34**

Vorlage 17/2567

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der SPD überein, die Aussprache zu vertagen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/2521 (Einführung in den Haushalt)
Vorlage 17/2564

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/7200 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 18.09.2019)

Vorsitzender Georg Fortmeier gibt bekannt, die abschließende Abstimmung im Ausschuss über den Einzelplan 14 solle in der Sitzung am 18. November erfolgen.

Frank Sundermann (SPD) hält die sehr hohen Steuereinnahmen für das prägendste Element des Haushaltes. Sie hätten das starke Wachstum des Haushalts erst ermöglicht. Die Sozialdemokraten werteten dies als positiv, weil hohe Steuereinnahmen zu einem starken und handlungsfähigen Staat führten, der entscheidende Dinge umsetzen könne.

Die Beschlüsse der WSB-Kommission, die Finanzierung des Strukturstärkungsgesetzes sowie die hinterlegten Maßnahmen seien ohne diese Steuereinnahmen in den nächsten Jahrzehnten nicht möglich. Hohe Steuereinnahmen und damit verbunden ein starker Staat stellten einen sehr wichtigen und stabilisierenden Faktor für die Wirtschaft dar.

Die Schließung der letzten Zechen in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr sei ein trauriger Moment gewesen. Gleichzeitig verringerten sich dadurch die im Einzelplan 14 ausgewiesenen Subventionen im Vergleich zum Jahr 2010 um über 250 Millionen Euro bei einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro. Das führe zu mehr Spielraum im Ausgabenbereich.

Das prägendste Element der nordrhein-westfälischen Wirtschaft sei derzeit das Nullwachstum. Darüber, inwieweit das Bruttoinlandsprodukt entscheidend zur Bewertung einer Wirtschaft sei, könne aber im Zeitalter der Digitalisierung diskutiert werden.

Am 27. September 2017 habe der Minister eine sogenannte kleine Regierungserklärung gehalten und in diesem Zusammenhang auf die prosperierende und robuste Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen verwiesen. Gemeinsam mit der IHK habe er als entscheidendes Hemmnis den Fachkräftemangel identifiziert und als weiteres Problem

die Regulierung benannt. Als Erstes habe sich das Wirtschaftsministerium um die Abschaffung der Hygieneampel und die Änderung des Tariftreuevergabegesetzes sowie des Ladenöffnungsgesetzes gekümmert.

Die Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes habe Rechtssicherheit für die Kommunen und die Schaffung von mehr freien Sonntagen zum Ziel gehabt, um den stationären Handel gegenüber dem Onlinehandel zu stärken. Rechtssicherheit bestehe jedoch nach wie vor nicht. Gerade kleinere Kommunen im ländlichen Raum fragten inzwischen zuerst bei der Gewerkschaft nach, ob ihr geplantes Vorgehen akzeptiert werde. Mehr freie Sonntage seien ebenfalls nicht erreicht worden.

Die Abschaffung bzw. Änderung der genannten Gesetze seien direkt am Anfang der Legislaturperiode in den Fokus gerückt worden. Dies halte die SPD für ungewöhnlich, weil der Minister damals schon die Bedeutung herausgestrichen habe, Prioritäten für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen allgemein und insbesondere für die Automobilindustrie zu setzen. Aktuell kämpften die Zulieferer im Antriebsstrang mit Diesel- und Benzinmotoren mit Problemen durch die Elektromobilität. Positiv sei die Freigabe der ersten Tranche zu werten.

Der Minister sei im Automobilbereich in den letzten zwei Jahren zu wenig aktiv geworden. Laut Bericht vom 30. September werde aktuell eine Ausschreibung für eine Studie zur Zukunft der Automobilindustrie vorbereitet, obwohl das Problem seit 2,5 Jahren bekannt sei.

Laut eigener Aussage wolle sich der Minister neben der Automobilindustrie um die industriellen Kerne kümmern. Diese zeichneten die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen aus. Die langen Wertschöpfungsketten müssten gestärkt werden. Sie seien entscheidend für die nachhaltige Prosperität der Wirtschaft. Trotzdem sei das Industriepolitische Leitbild erst nach 2,5 Jahren vorgelegt worden.

In vielen Veranstaltungen sei das Industriepolitische Leitbild auf Augenhöhe mit der Digitalisierungsstrategie und der Energieversorgungsstrategie dargestellt worden. Konsequenterweise sei das Parlament über die beiden Strategien in Form einer Unterrichtung informiert worden. Dagegen habe das Ministerium das sehr wichtige Industriepolitische Leitbild ein wenig „versteckt“. Die Initiative zur Beratung im Ausschuss sei von CDU und FDP ausgegangen. Angebracht sei eigentlich eine Plenardebatte über das Leitbild auf Initiative des Ministers, um den Eindruck zu vermeiden, dass Digitalisierung im Vordergrund stehe und Industrie „mit der linken Hand mitgemacht“ werden müsse.

Nordrhein-Westfalen sei von der globalen Entwicklung abhängig. Insbesondere die Situation in den USA und das Vorgehen im Zusammenhang mit dem Brexit müssten beobachtet werden. Die Idee eines ehrenamtlichen Brexit-Beauftragten sei schlecht gewesen. Die mit dem Brexit zusammenhängenden Fragestellungen müsse das Wirtschaftsministerium bearbeiten. Dies sei auch erfolgt.

Zur Steigerung der Existenzgründungszahlen seien einige Projekte aufgesetzt worden. Das Institut für Mittelstandsforschung verzeichne allerdings einen Rückgang der Gründungen in Nordrhein-Westfalen. Das gesetzte Ziel sei somit nicht erreicht worden.

Seitens des Wirtschaftsministeriums seien viele Dinge identifiziert, aber falsche Prioritäten gesetzt worden. Gerade zum Thema „Brexit“ werde auch auf falsche Strukturen gesetzt.

Wenn die Versorgung mit Energie langfristig als wichtigster Punkt bezeichnet werde, gleichzeitig aber einer der wichtigsten Energieproduzenten in diesem Land – die Windenergie – verhindert werde, diskreditiere dies den ganzen Prozess. Die im LEP festgelegte Abstandsregelung von 1.500 m für Windenergieanlagen könne maximal bis zur nächsten Kommunalwahl aufrechterhalten werden.

Wibke Brems (GRÜNE) bezeichnet den Klimaschutz als *die* Herausforderung. Es reiche nicht, die Bedeutung des Klimaschutzes zu betonen, es müsse auch dementsprechend politisch gehandelt werden. Dieses Handeln müsse sich im Haushalt wiederfinden. Genau das leiste der vorgelegte Haushaltsentwurf nicht.

Immer wieder werde auf erhebliche Haushaltssteigerungen der vergangenen Jahre in diesen Bereichen verwiesen. Die 38 Millionen Euro des aufgelösten Titels „Fernwärmeschiene Ruhr“ flößen nun zum Teil in die Forschungsfertigung der Batteriezellen in Münster. Das – gute – Projekt gehöre jedoch eigentlich in den Forschungsetat. Die übrigen 10 Millionen Euro des Fernwärmetitels würden für die Unterstützung des Strukturwandels im rheinischen Revier eingesetzt. Auch das sein sicherlich sinnvoll und bedürfe der Unterstützung. Es stelle aber keine originäre Klimaschutzaufgabe dar und könne nicht zu den Investitionen für den Klimaschutz gezählt werden.

Hauptsächlich weise der Haushalt Erhöhungen im Bereich Elektromobilität auf. Die Förderung des Umstiegs auf Elektromobilität sei nicht falsch. Die Klimaschutzwirkung der Elektromobilität hänge aber davon ab, wie der Strom gewonnen werde.

Werde der Ausbau erneuerbarer Energien begrenzt, stelle Elektromobilität keinen Aspekt zur Unterstützung des Klimaschutzes dar.

Der Minister verweise immer wieder auf die Notwendigkeit der Forschung und Erarbeitung von Lösungen. Diese Technologien und Lösungen lägen bereits vor und müssten endlich umgesetzt werden. Die Zeit dränge. Deswegen würden auf unterschiedlichen Ebenen mehr Investitionen für Klimaschutz benötigt. Die kommunale Ebene sei sehr wichtig für die konkrete Umsetzung. Wie in der Vergangenheit auf Wettbewerbe zu setzen, sei möglicherweise nicht mehr der richtige Ansatz. Man müsse dahin kommen, dass nicht nur besonders schnelle und finanzstarke Kommunen in Klimaschutz investierten. In Klimaschutz müsse in der Breite investiert werden. Genau diese Aspekte solle die Landesregierung unterstützen.

Die Landesregierung sei verpflichtet, die klimaneutrale Landesverwaltung voranzubringen. Auf die Frage der Grünen, wie die Budgetreduzierung zu erklären sei, habe das Ministerium lediglich geantwortet, Stellen seien an andere Positionen verschoben worden. Darüber hinaus handele es sich aus Sicht der Grünen allerdings um eine weitere Reduzierung, die genau das Gegenteil des Benötigten darstelle. Auch die Landesverwaltung müsse an Tempo zulegen, um ihre Ziele zu erreichen.

Henning Rehbaum (CDU) bemängelt die negative und rückwärts gewandte Betrachtung der Wirtschaftspolitik durch die SPD. CDU und FDP seien motiviert und optimistisch im Wirtschaftsbereich unterwegs. Das müsse auch das Signal nach außen sein. Immer nur Kritik zu üben und sich derart mit Lob für Positives schwerzutun wie die SPD dies bei der Batteriezellforschung tue, sei peinlich.

Dank gehe an Professor Dr. Pinkwart, Staatssekretär Dammermann und das gesamte Ministerium für den Haushaltsentwurf, der sehr gute Antworten auf die großen Herausforderungen der Zeit finde. Es gehe nicht nur um die Finanzhöhe, sondern auch um die Verteilung der Mittel und das Standing der Wirtschaftspolitik innerhalb einer Koalition und eines Kabinetts.

Die Wachstumslücke zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Bundesdurchschnitt der letzten Jahre sei kleiner geworden. Die Beschäftigung wachse im Bundesvergleich überdurchschnittlich. Das Land stehe aber auch vor großen Herausforderungen. Klimaschutz und Energiewende seien ebenso zu meistern wie der Strukturwandel. Auch die Digitalisierung, der demografische Wandel und der Fachkräftemangel stünden auf der Tagesordnung. Globale Handelskonflikte und Phänomene wie der Brexit dürften nicht außer Acht gelassen werden.

Zudem stehe die Landesregierung vor den Folgen einer rot-grünen Regierungspolitik. Verkehrspolitik sei jahrelang auf dem Niveau der Umweltspuren von Düsseldorf erfolgt. Die damalige Klimaschutzpolitik sei vollkommen eindimensional auf Windenergie ausgerichtet gewesen. Folge sei eine massive Klagewelle gegen Windkraftvorhaben und ein Totalausfall beim Photovoltaik-Ausbau. Auch auf Bundesebene werde nun über einen Mindestabstand der Windkraftanlagen von 1.000 m zu Siedlungen und dorffähnlichen Strukturen debattiert. Das zeige das Verständnis der Bundesebene dafür, dass Akzeptanz für Windenergie nicht zum Nulltarif zu haben sei.

Das Industriepolitische Leitbild der Vorgängerregierung habe nicht einmal den Weg ins Kabinett gefunden, sondern sei am Kabinett vorbei durch Minister Duin ins Parlament gebracht worden. Dies zeige, wie wenig Rückhalt Wirtschaftspolitik im damaligen Kabinett gehabt habe. Das nun vorliegende Industriepolitische Leitbild sei gut und sorgfältig erarbeitet worden und werde vom kompletten Kabinett mitgetragen.

Der Haushalt 2020 zeige die Entschlossenheit Wirtschafts- und Energiepolitik zu betreiben. Das Haushaltsvolumen sei nicht nur als Ergebnis einer besseren Konjunktur um 30 % angestiegen, sondern auch aufgrund der Wertschätzung von Wirtschaftspolitik innerhalb der Landesregierung.

Viel zu selten werde darauf hingewiesen, dass die Ausgaben für Energie und Klimaschutz seit 2017 um das Fünffache gestiegen seien. Mehr Geld werde für IN4climate.NRW und treibhausgasneutrale Industrie ausgegeben. Die Idee einer CO₂-neutralen Stahlproduktion sei gerade in einem Land wie Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung. Deswegen fließe Geld und Emotion in diesen Bereich. Deutlich mehr Mittel stünden auch für das progres.nrw-Programm, also für die Elektromobilität, zur Verfügung. Kommunaler Klimaschutz, die Energieforschungsoffensive und Reallabore erhielten mehr Geld, um beispielsweise Wasserstoff als zentrales Element für das Energiesystem der Zukunft zu fördern. Das Land beteilige sich an den Aufbaukosten der

Forschungsfabrik Batteriezellforschung, die auch in Ibbenbüren und im Rheinischen Revier sowie in Münster Früchte tragen werde. Dabei gehe es nicht nur um Elektromobilität, sondern auch um alle anderen Anwendungsbereiche für Akkus.

Im Rheinischen Revier werde mit viel Geld Unterstützung für einen Strukturwandel ohne Brüche geleistet. Gleiches gelte für die Steinkohlestandorte. Der Aufbau einer Modellregion für Energieversorgungs- und Ressourcensicherheit sei eine große Aufgabe.

Ziel der Klimaschutz- und Energiepolitik sei es, die Klimaschutzziele von Paris einzuhalten und das WSB-Einigungsergebnis eins zu eins umzusetzen. Gleichzeitig müsse die Versorgungssicherheit für Wirtschaft und Bürger sichergestellt werden. Das dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Es gehe um sehr viele Arbeitsplätze, sehr viel Wertschöpfung und einen Kernbereich der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze müssten trotz Klimaschutz „Made in NRW“ erhalten werden. Es gebe eine Menge zu tun, damit das gelinge.

Viel werde in Wirtschaftsförderung investiert. Alle Innovationen und Erfindungen müssten auf den Markt gebracht werden. Das Land bringe dazu beispielsweise einen Automotive-Cluster nach vorn; denn die Automobilindustrie bleibe ein Wirtschaftsfaktor in ganz Deutschland. Die Weiterentwicklung von Verbrennungsmotoren und die Förderung von E-Mobilität und Wasserstoff stelle eine große Aufgabe dar, der sich das Land stelle.

Ebenso wichtig wie die Bereitstellung von Geld seien Rahmenbedingungen, unter denen die Wirtschaft vernünftig arbeiten könne. Stichworte wie Verfahrensbeschleunigungen, Bürokratieabbau und Infrastrukturausbau seien für Unternehmer von größter Bedeutung. In den letzten sieben Jahren vor Regierungsübernahme durch CDU und FDP habe es dazu nicht viele Anstrengungen gegeben. Seit Beginn der Legislaturperiode seien vier Entfesselungspakete mit 40 Maßnahmen in Umlauf gebracht worden, die Unternehmen die Möglichkeit gäben, besser und schneller zu arbeiten, Genehmigungen rascher zu erhalten oder Ansiedlungsvorhaben schneller umzusetzen.

Verkehrswegeausbau und -sanierung bewegten sich auf Rekordhöhe. Auch dies stelle ein wichtiges Signal für die Wirtschaft dar. Industriestandorte könnten nicht isoliert betrachtet werden; eine Vernetzung mit Verkehrswegen und digitalen Netzen sei vonnöten. Beides werde mit großer Geschwindigkeit und sehr viel Geld vorangetrieben. Auch die Mobilfunkvernetzung sei von größter Bedeutung. Im ländlichen Raum gebe es noch viel zu viele weiße Flecken im Mobilfunknetz. Nordrhein-Westfalen sei Spitzenreiter in Deutschland bei der Reduzierung dieser weißen Flecken.

Firmen, Fachkräften und Familien in Nordrhein-Westfalen solle es gut gehen. Das Land sei auf einem sehr guten Weg mit einem guten Haushalt.

Nach Ansicht von **Christian Loose (AfD)** geht das Programm leider weiterhin in Richtung Planwirtschaft. Der Staat gebe Technologien vor, statt die Marktwirtschaft darüber entscheiden zu lassen. Gleichzeitig bleibe unklar, wie viel CO₂ eingespart werde, wie in einer Antwort auf eine Frage der AfD deutlich werde. Fraglich sei, warum so viele

Mittel investiert würden, ohne den Umfang der CO₂-Eingesparung zu kennen. Hier werde reine Verschwendungspolitik betrieben.

Auch im Bereich der Energieforschungsoffensive und Reallabore werde kein Cent in die Erforschung neuer Technologien der CO₂-freien Kernenergie gesteckt. Die Landesregierung konzentriere sich auf einzelne Technologien, die sie in dem Glauben vorgebe, dass Deutschland diese brauchten. Alles andere werde ausgeblendet.

Die selbstgesteckten Ziele seien in vielen Fällen gar nicht erreichbar. Trotzdem werde weiterhin Geld ausgegeben, wie an den Pumpspeicherkraftwerken gesehen werde. Jetzt schon sei klar, dass der von 4 Millionen Euro auf 2 Millionen Euro reduzierte Ansatz nicht abgerufen werde. Als Showprogramm für die Gesellschaft werde so getan, als ob im Bereich der Pumpspeicherkraftwerke etwas getan werde.

Außerdem werde behauptet, es sei das bedeutendste Instrument der Wirtschaftsförderung, wenn das Land 2,5 Milliarden Euro von der EU erhalte, obwohl das Land vorher 5 Milliarden Euro dorthin überwiesen habe.

Die Landesregierung forcire den Kohleausstieg, obschon die Industrie in Deutschland eine zuverlässige Energieversorgung zu günstigen Konditionen benötige. Das werde weiter erschwert. Damit hänge auch der Erhalt von Arbeitsplätzen am seidenen Faden.

Deutschland habe weltweit die höchsten Strompreise und mit die schlechteste Versorgungssicherheit. Die Redispatch-Kosten stiegen von Jahr zu Jahr auf mittlerweile über 1 Milliarde Euro. Bei Steuern und Abgaben stehe Deutschland ohnehin an der Spitze. Statt zu verschlanken, baue das Ministerium weiter Personal auf. Am Ende werde leider derjenige diese Politik bezahlen, der seinen Arbeitsplatz verliere.

Ralph Bombis (FDP) hält fest, die AfD wolle entweder gar nichts machen oder führe Rezepte aus der Mitte des letzten Jahrhunderts ins Feld. Das sei nicht der Weg von CDU und FDP. Die Koalition versuche, den Problemen zu begegnen und nicht zu behaupten, dass es einfache Lösungen gebe oder Schwierigkeiten durch Nichtstun verschwänden.

Seitens der SPD habe er wenig inhaltliche Kritik gehört. Die Kritik habe sich im Wesentlichen darauf bezogen, dass an der einen oder anderen Dinge nicht schnell genug gegangen seien oder – wie vor allem die Grünen geäußert hätten – man an der einen oder anderen Stelle noch mehr machen könne. Beschränke sich die Kritik der Opposition auf diese Punkte, habe die Landesregierung offensichtlich einen sehr ordentlichen Haushaltsentwurf vorgelegt.

Laut SPD wirkten Steuereinnahmen stabilisierend auf die Wirtschaft. Der Staat verfüge aber nur über diese Steuereinnahmen, weil die Wirtschaft so gut funktioniere. Das sei Voraussetzung und der Grund, warum die Koalition die Wirtschaft und die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten stärken wolle.

Sehr schnell sei die Entbürokratisierung für Unternehmen in Angriff genommen worden. Keineswegs solle aber alles neu gemacht werden. Der Minister habe immer wieder betont, gute Ansätze der Vorgängerregierung weiterzuführen.

Das vorgelegte Industriepolitische Leitbild sei gründlich erarbeitet worden und finde überall Akzeptanz. Es sei in die Zukunft gerichtet. Ebenso habe die Landesregierung eine gründlich erarbeitete Energieversorgungsstrategie vorgelegt. Bei solchen Themen gehe Gründlichkeit eindeutig vor Schnelligkeit.

Richtig sei, es gebe bereits Lösungen, wie Frau Brems angesprochen habe. Diese Landesregierung ermögliche durch eine Innovationsstärkung und durch Investitionen die Umsetzung dieser Lösungen. Übrigens habe es diese Lösungen auch schon vor drei, vier Jahren gegeben. Die Grünen müssten sich fragen lassen, warum sie nicht an diesen Lösungen gearbeitet hätten oder auf der Bundesebene für eine umfassendere Stärkung der Energieversorgung gesorgt hätten.

Richtig sei auch, dass manches noch besser hätte laufen können. Die Nachläufe der Vorgängerregierung in Bezug auf das Ladenöffnungsgesetz seien schwierig und die Anläufe nach der Gesetzesänderungen nicht hundertprozentig zufriedenstellend gewesen. Das Land stehe weiterhin in Kontakt mit den Beteiligten und stelle eine sukzessive Besserung fest. Genauso schließe sich die Wachstumslücke im Vergleich zu anderen Bundesländern langsam. Auch dies geschehe nicht von heute auf morgen. Die Rezessionsgefahr in weiten Bereichen der Wirtschaft sei nicht von der Hand zu weisen. Eine zusätzliche Erschwernis stelle der Fachkräftemangel dar, dem alle Parteien über viele Jahre zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hätten.

Mit dem politisch gewollten Strukturwandel, der in besonderer Weise Nordrhein-Westfalen betreffe, hätten sich Minister Professor Pinkwart und Ministerpräsident Laschet in Berlin sehr intensiv und im Sinne von Nordrhein-Westfalen auseinandergesetzt und diesen in die Beratungen der Strukturkommission eingebracht.

Ein ehrenamtlicher Brexit-Beauftragter der Landesregierung bedeutet selbstverständlich nicht, dass nicht gleichzeitig in der Staatskanzlei und im Wirtschaftsministerium mit Hochdruck an der Bewältigung des Brexit-Folgen gearbeitet werde.

Der Entwurf des Einzelplans 14 sei ausgewogen, fördere wichtige Stärken des Landes und diene dazu, den Nachholbedarf zu verringern. Die Wirtschaft werde entlastet und die Energieversorgung sichergestellt. Das Land investiere in neue Unternehmen und deren Grundlagen, ohne die bestehenden Unternehmen zu vernachlässigen. Auch die Digitalisierung werde vorangetrieben. Rahmenbedingungen und Akzeptanz für erneuerbare Energien würden geschaffen. Innovation, Forschung und Entwicklung würden vorangetrieben, um Nordrhein-Westfalen insgesamt voranzubringen und zu stabilisieren.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) bestätigt, die Wachstumslücke zum bundesdeutschen Durchschnitt werde kleiner, während sich das Wachstum weltweit abschwäche. Man befinde sich in der Spätphase eines langen Konjunkturzyklus. Es sei mit Unwägbarkeiten verbunden, ob Maßnahmen wie die wiederholten Konjunkturprogramme in China zur Stabilisierung beitragen könnten und inwieweit durch hoffentlich positive Vertragsverhandlungen zwischen den USA und China die Zeichen im Welthandel wieder günstiger würden. Die Zentralbanken allein könnten das Problem nicht lösen. Hier sei Politik gefordert.

Nordrhein-Westfalen sei stark von den internationalen Verflechtungen abhängig, könne aber auch eine Menge selbst tun. Fern von den konjunktur- und weltpolitischen Zusammenhängen müsse das auch wegen des tiefgreifenden Transformationsprozesses getan werden. Stichworte hierzu seien „Digitalisierung“ und „Neoökologie“. Unternehmen und Nationen reagierten immer stärker auf Nachhaltigkeitsthemen. Hier nichts zu tun, bedeute einen Rückschritt und damit den Verlust von Arbeitsplätzen.

Das Land nutze seine Gestaltungsmöglichkeiten, auch wenn es schön sei, noch schneller sein zu können. Beim Industriepolitischen Leitbild sei es ihm darum gegangen, keinen durch diese Leitlinien vorbereiteten Prozess einfach durchzuwinken; das sei zu wenig.

Bei der Vorgängerregierung habe er ein starkes Gegeneinander von Umwelt und Wirtschaft wahrgenommen. So seien die Leitlinien auch positioniert gewesen – eher aus der Sicht einer Abwehrhaltung. Industrie müsse sich aber nicht für seine Existenz entschuldigen und Argumente dafür finden, sondern nach vorn beschreiben, wie sie mit dem Thema „Umweltschutz“ und mit einer modernen Gesellschaft arbeiten könne. Den Diskussionsprozess darüber erneut zu beginnen, mit dem Ziel, Nordrhein-Westfalen zu dem modernsten und umweltfreundlichsten Industrieland in Europa zu machen, habe sich gelohnt. Der Prozess sei mit den Stakeholdern, insbesondere den Sozialpartnern, und innerhalb der Landesregierung geführt worden. Dies sei auch im Lichte der Beratungen geschehen, die parallel stattgefunden hätten. Entscheidend sei die Energieversorgung der Zukunft.

Nicht sinnvoll sei ein Industriepolitisches Leitbild ohne Energieversorgungsstrategie. Diese habe abgewartet werden müssen. Gleiches gelte für die Digitalstrategie. Der Megatrend Digitalisierung betreffe gerade den Industriestandort Nordrhein-Westfalen stark. Bei Regierungsübernahme habe noch keine Digitalstrategie vorgelegen; sie habe zunächst erarbeitet werden müssen. Nach Fertigstellung dieser beiden Strategien seien unmittelbar die Beratungen zum Industriepolitischen Leitbild zusammengeführt worden.

Auf eine Unterrichtung des Landtags über das Industriepolitische Leitbild habe man verzichtet. Da das Leitbild zusammen mit den Sozialpartnern erarbeitet worden sei, habe es gemeinsam mit diesen vorgestellt werden sollen. Es sei ein starkes Zeichen für Nordrhein-Westfalen, wenn die gesamte Landesregierung das Leitbild berate, verabschiede und gemeinsam mit den Sozialpartnern der Öffentlichkeit vorstelle.

In dringend notwendige Zukunftsthemen werde investiert. Trotz der günstigen Steuereinnahmesituation blieben die Gelder des Landes Nordrhein-Westfalen begrenzt, so dass mit den Mitteln sehr sorgsam umgegangen werden müsse. Bei vielen Projekten habe sich NRW auf Bundesebene erfolgreich im Wettbewerb durchsetzen können. Dies sei der Erfolg beispielsweise der Wissenschaftler, wenn er an die Batteriezellforschungsfabrik denke, aber auch der Unternehmen, die bereit seien, solche Dinge zu unterstützen. Das sei wichtig für das Land und verbessere die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes bei der Ansiedlung anderer Unternehmen, die im Kontext dieser Technologien nach Standorten suchten.

Batteriezellforschung betreffe nicht nur E-Autos, sondern sei eine Speichertechnologie für das Energiesystem der Zukunft. Erneuerbare Energie müsse in einen Ausgleich mit der Nachfragesituation gebracht werden. Auch werde versucht, die energieintensive Wirtschaft zu flexibilisieren. Klimaschutz könne Arbeitsplätze schaffen, und zwar Forschungsarbeitsplätze und Folgearbeitsplätze in der Industrie. Man müsse sich fragen, ob dieses Feld anderen überlassen bleiben solle. Veränderungen ließen sich nicht aufhalten. Darauf müsse sich das Land rechtzeitig einstellen.

Neben der Arbeit, die die zuständigen Ressorts im Zusammenhang mit dem Brexit leisteten, bringe sich Herr Merz als eine Persönlichkeit mit hoher Reputation bei Unternehmen und in der Öffentlichkeit ehrenamtlich als Brexit-Beauftragter ein. Trotzdem habe sich auch die Landesregierung zu kümmern. Wie in anderen Fällen üblich, seien Verbandsvertreter aus allen Bereichen eingebunden worden.

Die Zahl der Existenzgründungen seien eine Art kommunizierende Röhren mit dem Arbeitsmarkt. Bei sinkender Arbeitslosigkeit nehme die Anzahl der Gründungen, die aus der Not heraus erfolgten, ab. Gleichzeitig solle die Qualität der Gründungen verbessert werden, damit sie schneller wachsen und mehr Beschäftigte einstellen könnten. Auch wenn bereits Fortschritte für Nordrhein-Westfalen erzielt worden seien, werde weiter daran gearbeitet.

Zur Stärkung des Mobilfunks und zur Förderung der Steinkohlestandorte müsse der Bürokratieabbau vorangetrieben werden. Die gute Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen unterstütze diese Entwicklung.

Horst Becker (GRÜNE) betont, diese Landesregierung lege nun ihren dritten Haushalt vor. CDU und FDP hätten damals angekündigt, alles werde sofort besser. Mittlerweile sei die Rede von einer sukzessiven Verbesserung. Das sei ein erheblicher Unterschied.

Entgegen der Ankündigung sei die Anzahl der Staus sogar gestiegen. Ebenso habe sich der Bahnverkehr verschlechtert. Laut Minister habe sich die Rückstandslücke beim Wirtschaftswachstum in NRW verkleinert. Dem müsse man das niedrigere Wirtschaftswachstum auf Bundes- und Landesebene gegenüberstellen. Dadurch habe sich die Lücke verkleinert – aufgeholt habe NRW entgegen der Ankündigungen nicht.

Das Rheinische Revier werde immer wieder als große Aufgabe genannt, finde sich im Haushalt aber nur mit etwas mehr als 12 Millionen Euro wieder. Diese Größenordnung sei nicht adäquat. Der Bundeshaushaltsgesetzgeber plane offensichtlich, die Bundesmittel für NRW immer nur aus Rückflüssen der Einzeltitel zu finanzieren und dem Jährlichkeitsprinzip zu unterwerfen.

Die Strukturhilfen für Steinkohlerückzugsgebiete sanken um über 5 Millionen Euro. Ausgewiesen seien letztlich nur Mittel für Verpflichtungsermächtigungen der Vorgängerregierung.

Als Folge der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre seien die Beschäftigungszahlen in NRW noch gut. Dies werde sich in den nächsten Jahren drastisch verändern. Allein der angekündigte Arbeitsplatzabbau bei Siemens, Ford, thyssenkrupp und Bayer ließen erschrecken. Ein Gegenwirken der Landesregierung sei nicht erkennbar.

Es gebe keinen Anlass für die Hoffnung auf sukzessive Verbesserung der Lage in NRW. Ankündigungen spiegelten sich nicht in den realen Zahlen und im Handeln wider.

Christian Loose (AfD) meint, wie die Landesregierung das Falsche zu tun, gefährde noch mehr Arbeitsplätze als abzuwarten.

Windmühlen existierten seit mehr als 800 Jahren und Autos seit mehr als 130 Jahren. Sie seien von besseren Technologien abgelöst. Nun würden – teilweise durch die EU – die besseren Technologien verboten. Autobauern seien aufgrund der Vorgaben gezwungen, zusätzlich die unwirtschaftlichen Elektroautos zu bauen, um Strafzahlungen in Milliardenhöhe zu vermeiden.

Im Industriepolitischen Leitbild heiße es, 10 GW gesicherte Leistung würden bis 2028 oder 2030 mehr benötigt. Gleichzeitig gefährde die Regierung die Versorgungssicherheit durch die zwangsweise Abschaltung von Kohlekraftwerken.

Immer wieder werde auf durch Klimapolitik geschaffene Arbeitsplätze verwiesen. Gleichzeitig baue die Windenergieindustrie in großem Umfang Arbeitsplätze ab, weil Subventionen ausliefen. Gleiches gelte für den Forschungsbereich. Solange er mit Geld subventioniert werde, entstünden Arbeitsplätze. Führe dies nicht zur Entwicklung neuer und wirtschaftlicher Produkte, die in Deutschland gefertigt würden, handele es sich aber nur um Luftnummern.

Die Landesregierung handele rückwärtsgewandt und gehe planwirtschaftlich vor.

Bodo Middeldorf (FDP) kritisiert, die AfD schaue regelmäßig durch die nationalstaatliche Brille. 80 % der für deutsche Automobilhersteller relevanten Märkte setzten in den nächsten fünf bis zehn Jahren auf E-Mobilität. Die deutsche Automobilindustrie könne nicht durch die Behauptung geschützt werden, sie müsse sich nicht auf neue Entwicklungen vorbereiten. Solche Aussagen schadeten der Wirtschaft im Gegenteil massiv.

Statt Antworten auf die Zukunftsaufgaben zu geben, zeichne die AfD zeichne stets ein düsteres Zukunftsbild.

Die beginnende Eintrübung der Konjunktur sei schon Herausforderung genug. Das Land stehe aber gleichzeitig vor massiven Herausforderungen im Hinblick auf den Transformationsprozess und den Strukturwandel. In den nächsten Jahren müsse die Automobilindustrie für die Zukunftsaufgaben fit gemacht werden.

Digitalisierung sei Basis und Voraussetzung, damit die nordrhein-westfälische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft noch erfolgreich sein könne. Ohne einen entscheidenden Beitrag der Landesregierung verliere NRW den Anschluss. Eine Fortsetzung der rot-grünen Politik bedeute genau dies. Die Vorgängerregierung habe einen massiven Investitionsstau im Verkehrsbereich hinterlassen, der abgearbeitet werden müsse, damit sich die Situation verbessern könne.

Einerseits plädierten die Grünen stets für die Bahnnutzung, andererseits erhoben Mitglieder der Grünen vor Ort Protest gegen jedes Bahnausbauprojekt und äußerten Bedenken.

Seit Februar lägen die Empfehlungen zum Rheinischen Revier vor. Bereits im November habe die Landesregierung die entsprechenden Vorbereitungen getroffen, um Nordrhein-Westfalen gut zu positionieren. Das sei auch gelungen. Seit Februar warte man beim Bund nun auf den gesetzlichen Rahmen. Eine Umsetzung könne aber auch erst erfolgen, wenn der Bund bereit sei, die entsprechenden Mittel bereitzustellen. NRW müsse als Land geschlossen in Richtung Bund wirken, um zu vermeiden, dass sich der Bund am Ende aus der Verantwortung für die Umsetzung seiner eigenen Beschlüsse ziehe. Dies der Landesregierung anzulasten, sei geradezu absurd.

Das Land habe bereits Vorleistungen erbracht, indem beispielsweise ein erheblicher Anteil aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums ins Rheinische Revier gegeben werde.

Henning Rehbaum (CDU) bestätigt die Zunahme von Staus. Ein Grund liege in den Düsseldorfer Umweltpuren. Hauptgrund seien jedoch Baustellen. Nordrhein-Westfalen investiere auf Rekordniveau ins Straßennetz. Damit seien nun einmal Baustellen verbunden. Selbst die Gewerkschaften lobte die Landesregierung für diese Politik. Eine Vielzahl außerparlamentarischer Vorfeldorganisationen der Grünen gegen Infrastrukturausbau verzögere und verhindere Maßnahmen. Eine Verkehrswende habe es zur Regierungszeit von Rot-Grün nicht gegeben. Sanierungen und Reaktivierungen von nichtbundeseigenen Eisenbahnen hätten Rot-Grün nicht angestoßen.

Derzeit würden auch deutlich mehr Radwege gebaut als vor der Regierungsübernahme. Ebenso fließe in die Verkehrsträger Straßenbahn und U-Bahn Geld, damit der ÖPNV endlich besser werde.

Horst Becker (GRÜNE) hebt hervor, der Haushaltsansatz für die digitale Wirtschaft sinke im Haushaltsentwurf um fast 1 Million Euro. Breitbandausbau erfolge genau mit den von der vorherigen Regierungskoalition vorgesehenen Mittelansätzen.

Der erste Förderbescheid für den Radschnellweg Ruhr seit 2011 übergeben worden. CDU und FDP hätten Radschnellwege damals noch als „grüne Spinnerei“ abgetan.

CDU und FDP untermauerten ihre ursprünglichen Ankündigungen bislang nicht durch entsprechendes Handeln.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) unterstreicht, Versprechen seien einzuhalten. Genau dies tue die Landesregierung und lasse sich gern daran messen. Im Koalitionsvertrag festgelegte Parameter seien ganz klar nachvollziehbar und messbar. Die vorgesehenen Maßnahmen sollten für eine nachhaltige Belebung von Wirtschaft, Bildung, Verkehr etc. sorgen. Vergleichswerte ermöglichten eine Bewertung der erreichten Leistungen.

Zur Bildungspolitik habe es unlängst ein Ranking gegeben. Nordrhein-Westfalen habe sich gegenüber der vorherigen Bewertung verbessert. Beim Wirtschaftswachstum habe eine Verringerung des Deltas erreicht werden können. In Bezug auf die Beschäftigungssituation verzeichne NRW eine höhere Dynamik als der Bundesdurchschnitt. Beim Wagniskapital habe es von 2016 bis 2018 eine Steigerung von rund 60 Millionen Euro auf fast 300 Millionen Euro gegeben.

Im Haushalt seien die Mittel für die digitale Wirtschaft in einer Rubrik eines Gesamttitels verortet. Der Gesamttitel wachse um 27 Millionen Euro an. Die Mittel seien gegenseitig deckungsfähig. Die DigiHubs würden mit 50 % mehr gefördert als bisher. Die Förderperiode sei verlängert worden. Lediglich das Digital Hub Köln habe von sich aus keinen Verlängerungsantrag mehr gestellt, weil es sich selbst finanzieren könne.

Es werde versucht, Nordrhein-Westfalen zu dem mit Abstand attraktivsten Standort für Unternehmensgründungen zu machen. Neben dem Digitalgipfel hätten viele Gründerveranstaltungen im ganzen Land stattgefunden. Dies werde Wirkung zeigen.

Dinge wie die Batteriezellforschungsfabrik, das Max-Planck-Institut und die „Folgen“ der Exzellenzinitiative müssten vom Land kofinanziert werden. Zu nennen sei auch das Automotive-Cluster. Seit der ersten Stunde arbeite die Landesregierung daran, solche Zukunftsthemen eng mit der Industrie abzustimmen und zu organisieren.